

Antrag

der Abgeordneten Paul Schäfer (Köln), Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, Inge Höger-Neuling, Dr. Hakki Keskin, Katrin Kunert, Michael Leutert, Dr. Norman Paech, Alexander Ulrich, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.

NATO-Gipfel in Riga für Abrüstungsinitiativen nutzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Versuch der NATO, mit militärischen Mitteln in Afghanistan Frieden und Stabilität zu schaffen und einen Beitrag zum Aufbau staatlicher Institutionen zu leisten, ist gescheitert – nicht zuletzt auch weil dieser Militäreinsatz unter dem Vorzeichen des Antiterrorkriegs geführt wird. Die ständige Ausweitung der militärischen Aktivitäten der NATO wird nur zu einer weiteren Eskalation der Gewalt und zu einer wachsenden Zahl ziviler Opfer führen und die Anstrengungen für zivile Entwicklungsforderungen weiter unterlaufen.
2. Die NATO stellt sich mit ihrem im strategischen Konzept von 1999 formulierten Anspruch, auch ohne Beschluss der Vereinten Nationen militärisch intervenieren zu dürfen, über das derzeit geltende Völkerrecht und schwächt die Autorität der Vereinten Nationen. Die Auslegung der Beistandsverpflichtung nach Artikel 5 der Washingtoner Verträge von 1949 bedeutet eine unzulässige Beanspruchung einer unbegrenzten militärischen Zuständigkeit, zum Beispiel als Weltpolizist für die Weltmeere im Rahmen von „Operation Enduring Freedom“ und „Operation Active Endeavour“.
3. Die Streitkräfte der NATO-Staaten gehören zu den größten Ressourcenverbrauchern der Welt. 16 Jahre nach der Auflösung der Warschauer Vertragsorganisation verfolgt die NATO immer noch eine Aufrüstungsstrategie. Die Mitgliedstaaten der NATO bestreiten etwa 65 Prozent der globalen Verteidigungsausgaben.
4. Die Atomwaffenpolitik der NATO untergräbt die Bemühungen um weltweite nukleare Abrüstung. Durch die Nukleare Teilhabe, an der unter anderem Deutschland partizipiert und damit auch an der Vorbereitung von Atomwaffeneinsätzen beteiligt ist, reklamiert die NATO für sich eine Sonderrolle im Rahmen des nuklearen Nichtverbreitungsvertrags (NVV). Nach Artikel II des NVV haben sich die Unterzeichnerstaaten eigentlich dazu verpflichtet „Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber von niemanden unmittelbar oder mittelbar anzunehmen“. Darüber hinaus sieht das strategische Konzept der NATO explizit den möglichen Einsatz von Atomwaffen vor. Die geplanten milliardenteuren Raketenabwehrprogramme der USA und der NATO schwächen den nuklearen Nichtverbreitungsvertrag und drohen einen neuen Rüstungswettlauf zu initiieren.

5. Die NATO-Strategie hinsichtlich der Aufnahme neuer Mitgliedstaaten und der Ausweitung von Sicherheitspartnerschaften ist der falsche Ansatz für eine friedliche und konstruktive Bearbeitung regionaler Konflikte und für die nachhaltige Förderung von Stabilität und Sicherheit in und um diese Partnerstaaten. Die geplante Erweiterung der NATO um ehemalige Teilrepubliken der UdSSR droht die Beziehungen zu Russland zu verschlechtern und erschwert damit eine gemeinsame Strategie zur Förderung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. auf dem NATO-Gipfel einen Antrag einzubringen der feststellt, dass die Voraussetzungen für die Anwendung von Artikel 5 der Washingtoner Verträge im Falle der USA nicht mehr gegeben sind;
2. sich auf dem NATO-Gipfel dafür einzusetzen dass die NATO keine Unterstützungsleistungen für den „Krieg gegen den Terrorismus“ der USA erbringt, dass sie die Beteiligung an „Operation Enduring Freedom“ und „Operation Active Endeavour“ sofort einstellt und den Abzug ihrer Truppen aus Afghanistan einleitet;
3. auf dem NATO-Gipfel Maßnahmen mit dem Ziel zu ergreifen, die Zuständigkeit des Militärbündnisses auf das Territorium ihrer Mitgliedstaaten zu beschränken und die Expansionsstrategie der NATO aufzugeben, die unter anderem durch „Globale Partnerschaften“ und bilaterale Sicherheitsabkommen neue militärische und wehrtechnische Unterstützungsverpflichtungen schafft und die dem Ziel weltweiter Abrüstung zuwiderläuft;
4. auf dem NATO-Gipfel die Zusagen über die deutsche Beteiligung an der NATO Response Force aufzukündigen, sich für eine strukturelle Reform der NATO mit dem Ziel des vollständigen Abbaus der Interventionskapazitäten einzusetzen sowie auf die Ablösung der NATO durch ein gesamteuropäisches, internationales Sicherheitssystem hinzuarbeiten;
5. auf dem NATO-Gipfel neue Impulse für nukleare Abrüstung zu setzen und sich für einen Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen im Rahmen der NATO wie auch für die Beendigung des Systems der Nuklearen Teilhabe einzusetzen;
6. sich auf dem NATO-Gipfel gegen eine Beteiligung von NATO-Mitgliedstaaten an den milliardenteuren geplanten Raketenabwehrsystemen der USA und NATO zu wenden;
7. auf dem NATO-Gipfel ein deutliches Zeichen für weltweite Abrüstung zu setzen und eine Initiative zur Reduzierung der Verteidigungshaushalte sämtlicher NATO-Mitgliedstaaten um jährlich 5 Prozent vorzulegen.

Berlin, den 7. November 2006

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion